



Marburg, 29.11.2012

Eingang: 29.11.2012

TOP:

SPD-Fraktion

Lfd.Nr. 195/2012 KT

**Antrag zur Kreistagssitzung****Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Günstigen Wohnraum in der Universitätsstadt Marburg schaffen – Konsequenzen aus der Kritik der Bundesregierung an der Wohnungsbauförderung der Länder"****Beschluss:**

Der Kreistag beklagt, dass auch in der Universitätsstadt Marburg wie in vielen Städten mit hohem Studentenanteil ein Mangel an günstigen Wohnungen für Studenten besteht.

Die hoffnungsvoll stimmenden Hochschulzugangszahlen werden durch die bestehenden Rahmenbedingungen auf dem Wohnungsmarkt konterkariert und dadurch dieser sehr attraktive Universitätsstandort geschwächt. Zudem werden die Chancen für nichtstudentische Wohnungssuchende auf dem Wohnungsmarkt über die Maßen verschlechtert.

Vor diesem Hintergrund fordert der Kreistag die Hessische Landesregierung auf, den Neubau von Sozialwohnungen auch in Mittelhessen zu fördern. Dabei soll das Land seiner Verpflichtung nachkommen an den mittelhessischen Universitätsstandorten den Sozialwohnungsneubau für Studenten/Studentinnen besonders voranzutreiben, um die attraktiven mittelhessischen Universitätsstandorte auch in diesem Bereich zukunftsfähig zu machen und zu stärken.

**Begründung:**

Der Anstieg der Gesamtstudierendenzahlen in der Universitätsstadt Marburg ist sehr begrüßenswert. Bildung und Qualifizierung unserer jungen Menschen ist eine wichtige Aufgabe. Besonders vor dem Hintergrund des absehbaren Fachkräftemangels kann es daher nur sinnvoll sein Universitätsstandorte für diese neuen Herausforderungen auszurüsten und sie zukunftsfähig zu machen.

Die steigenden Studierendenzahlen stellen besonders klassische Standorte wie die Universitätsstadt Marburg, und mit ihr die gesamte Region vor besondere Herausforderungen auf dem Wohnungsmarkt, da hier das Verhältnis zwischen Studenten und Gesamtbevölkerung besonders hoch ist. Verschärfend wirkt zugleich die spezifische Entwicklung in Mittelhessen, die einen weit geringeren variablen Wohnungsbestand im Verhältnis zu den Haushalten aufweist, als dies in anderen Teilen des Landes der Fall ist (siehe: Hessischer Wohnungsbericht 2010).

Derzeit wird die Förderung von Mietwohnungsneubau durch das Land ausschließlich in den südhessischen Ballungszentren praktiziert. Aufgrund der genannten Zusammenhänge ist diese Strategie zu revidieren und die Landesregierung zu einem Umdenken aufzufordern, um den sozialen Wohnungsbau als in diesem Zusammenhang regulierendes Element zu nutzen.

Werner Hesse  
Fraktionsvorsitzender